

Begrüßung

**von Herrn Gerd Hoofe,
Staatssekretär im Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

anlässlich

**des Nationales Forums für
Engagement und Partizipation**

am 27. April 2009

Sehr geehrter Herr Dr. Bürsch,
sehr geehrter Herr Professor Olk,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bürgerschaftliches Engagement ist die zentrale gesellschaftspolitische Antwort auf längerfristige Tendenzen von Politikverdrossenheit, zunehmender Individualisierung, sozialer Desintegration und des Schwindens der Leistungsfähigkeit traditioneller Systeme. Nicht zuletzt deshalb darf ich meiner Freude Ausdruck geben, dass wir uns mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation heute auf einen neuen Weg begeben. Es ist kein Neubeginn in der Engagementpolitik, aber in diesem Format, in dieser Breite und mit dieser Zielsetzung dennoch eine neue Form von Zusammenarbeit, Vernetzung und Partizipation im bürgerschaftlichen Engagement.

Sie alle sind engagierte Expertinnen und Experten in Sachen bürgerschaftliches Engagement. Sie beschäftigen sich in verschiedenen Positionen und Zusammenhängen mit dem Thema und haben dazu unterschiedliche Zugänge und Bezüge. Und gerade deshalb sind wir für den gemeinsamen Weg, wie ich meine, gut gerüstet. Unser Ziel ist es, eine abgestimmte Strategie zur Weiterentwicklung der Engagementpolitik der Bundesregierung zu entwerfen. Damit wir uns mit allen anderen Ressorts auf eine nationale Engagementstrategie verständigen können, brauchen wir im Vorfeld Ihre Kenntnisse, Ihre Erfahrungen und Ideen, Ihre Impulse und Überzeugungen.

Das Nationale Forum bietet Ihnen an, mitzuwirken und sich einzubringen. Es richtet sich an die Bundesressorts, die Bundesländer, die Kommunen, den Deutschen Bundestag, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kirchen, Wirtschaft und Wissenschaft. Eine solche umfassende Beteiligung an der Weiterentwicklung und Unterstützung einer Förderstrategie der Bürgergesellschaft in Deutschland gab es bisher nicht. Die Gründung des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation stellt insoweit auch eine wichtige Brücke für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement selbst dar – eine Brücke, über die das Netzwerk eine noch breitere Beteiligung in seiner Netzwerkstruktur ermöglicht.

Besonders am Herzen liegt mir dabei, den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich zu ermöglichen, sich stärker zu beteiligen, sich zu vernetzen und die echte Mitwirkung an Veränderungsprozessen zu praktizieren. Das Nationale Forum wird sich aus meiner Sicht die Frage der Partizipation auch selbst stellen müssen und ich bin sicher, dass hier initiativ praktikablere Antworten gegeben werden können. Ich gebe zu: ich habe hohe Erwartungen an Ihre Arbeit! Gern möchte ich das etwas näher erläutern: Seit dem Start der Ressortinitiative ZivilEngagement mit dem hinterlegten Programm Miteinander Füreinander sind wir einer ins politische Zentrum rückenden Engagementpolitik ein weiteres Stück näher gekommen. Wir betrachten die Initiative als einen Ausgangspunkt dafür, die Rahmenbedingungen für eine lebendige Bürgergesellschaft weiter zu verbessern. „Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen“ (Aristoteles). Den Anfang haben wir gemacht, jetzt geht es darum, dass wir uns um die andere Hälfte kümmern. Unser Ziel ist es, die Engagementpolitik noch besser als Politikfeld aufzustellen – und das am Besten mit voller Kraft, gemeinsamer Überzeugung, im Zentrum und nicht am Rand. Daher erwarten wir von der Arbeit des Nationalen Forums, möglichst umfassend zu einer Konsensbildung beizutragen und Engagementförderung produktiv und konstruktiv zu unterstützen.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bezieht diverse Politikbereiche und staatliche Ebenen ein und berührt ein großes Leistungsspektrum der Zivilgesellschaft. Hier haben sich Potenziale entwickelt, die wir gesellschaftspolitisch berücksichtigen wollen und berücksichtigen müssen. In den vergangenen Jahren haben sich die Dinge in Sachen bürgerschaftliches Engagement in vielfältiger Weise und im Großen und Ganzen durchaus positiv entwickelt: Stichworte dazu sind die Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement, der Bundestagsunterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, aber auch viele Maßnahmen der Bundesregierung; die engagementpolitischen Agenden der Bundesländer und die bürgerschaftlichen Entwicklungen in den Kommunen; aber auch die zunehmend wichtige Rolle und Verantwortung der Unternehmen, auch und gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Vertrauenskrise.

23 Millionen Menschen engagieren sich freiwillig in Deutschland, davon viele in Verbänden, Vereinen, Initiativen und Stiftungen. Sie investieren viel Kraft, Zeit, Geld und Ideen. Diese vielfältigen Investitionen in Engagement müssen wir nicht nur bewahren, sondern fördern, besser vernetzen und vor allem denen zugänglich machen,

die wir für bürgerschaftliches Engagement begeistern wollen. Spaß an der Aufgabe ist zentrales Motiv für 73 Prozent der Engagierten, etwas für die Gemeinschaft zu tun ist Motiv für 63 Prozent, Anerkennung ist für die Hälfte wichtig und für 16 Prozent sehr wichtig (emnid Befragung Sept. 2008).

Die Wertigkeit der Motive differiert allerdings je nach Untersuchung. Die Hälfte der Freiwilligen wünscht sich fachliche Unterstützung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Bessere Beratung über Gelegenheiten des Engagements wünschen sich 65 Prozent. Es gibt inzwischen einige Untersuchungen, die jungen Menschen ein zurückgehendes Engagement und vermindertes Interesse an gesellschaftlichen Themen bescheinigen. Vom dritten Freiwilligensurvey der gerade auf den Weg gebracht worden ist, erhoffe ich mir noch in diesem Jahr im Rahmen eines Zwischenberichts erste wichtige aktuelle Erkenntnisse und Schlaglichter.

Meine Damen und Herren,

die Liste wichtiger Aspekte lässt sich fortsetzen. Die Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements ändern sich, die Zahlen der Engagierten in etablierten Strukturen scheinen zurückzugehen, die Unterstützungsbedarfe sind bislang nicht umfassend herausgearbeitet worden. Über die Potenziale von bürgerschaftlichem Engagement fehlt bisher eine umfassende Verständigung und wir brauchen trotz aller guten Ansätze eine wirklich breite und selbstverständliche Wertschätzungskultur für freiwillige Teilhabe. Es gibt in einigen Umfragen erste Anzeichen dafür, dass das Engagement und die Engagementbereitschaft mit den wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen nicht Schritt halten kann. Das sind erste Einschätzungen, zur Validität mag es Auffassungsunterschiede geben, aber wir wollen aufmerksam sein. Auch dazu ist eine differenzierte gemeinsame Analyse notwendig, die ich mir von den Dialogforen erhoffe.

Ich brauche hier nicht weiter auszuführen, dass bürgerschaftliches Engagement essentieller Bestandteil einer jeden vitalen Demokratie, eines modernen Sozialstaates und einer sozialen Marktwirtschaft ist. Die Herausforderungen, vor denen Deutschland heute steht, erfordern mehr und besser qualifiziertes Engagement der Bürgerinnen und Bürger bzw. aller Akteure, die sich wie engagierte Bürger verhalten sollten – beispielsweise Unternehmen aber auch öffentliche Organe. Staatliches Handeln hat dieses Engagement zu stärken und weiterzuentwickeln: durch die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen, durch Information und Anerkennung sowie durch

Förderung von Engagement unterstützender Infrastruktur, von Forschung und von innovativen Modellvorhaben.

Die effektive Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erfordert ein entschiedenes, an klaren Zielen und an messbaren Wirkungen orientiertes gemeinsames Handeln von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die neue Qualität einer effektiv zu organisierenden Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollte geprägt sein durch ein gemeinsames kooperatives Selbstverständnis. Gemeinsame Ziele sind trotz unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen im Gemeinwohlinteresse einzusetzen. Dies halte ich für einen Bedingungsfaktor für ihren Erfolg. Soweit der Staat hierbei Unterstützung leisten kann, brauchen wir dafür ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept, das nationale Strategie und Plan ist, das umfassend und akzeptiert ist, das Rahmung und Struktur bietet. Das Bundesfamilienministerium beabsichtigt daher, dem Bundeskabinett im Juli eine abgestimmte Strategie zur Weiterentwicklung der Engagementpolitik vorzustellen. Und zwar auf der Basis Ihrer Empfehlungen. Gerade ein solches Thema, das ganz besonders von der Trisektoralität – Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – lebt, soll und kann umfassend nur auf diesem Weg konzipiert werden. Bürgerschaftliches Engagement dauerhaft zu fördern und zu stärken, ist ohne eine enge Abstimmung des Bundes mit den Bundesländern, den kommunalen Spitzenverbänden, den Trägern der Zivilgesellschaft, mit der Wirtschaft und Wissenschaft nicht zu machen.

Heute wollen Sie,
meine verehrten Damen und Herren,
gemeinsam in diesen wichtigen Arbeitsprozess eintreten, Sie wollen sich in den Dialogforen Schwerpunktthemen zuwenden. Bis Juli steht uns nur ein kleines Zeitfenster zur Verfügung. Dennoch bin ich optimistisch und zuversichtlich, dass wir gute Ergebnisse erzielen werden, denn wir bauen auf ein breites Fundament mit viel know how, Motivation und Erfahrungen. Sicherlich werden alle Dialogforen zumindest eine strategische Grundlagenarbeit liefern, die uns weiterbringt.

Ich weiß sehr wohl, dass das Nationale Forum für Engagement und Partizipation nicht nur auf die Unterstützung einer nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung ausgerichtet ist und ausgerichtet sein darf. So ist geplant, über einen längeren Zeitraum

zu arbeiten und den Diskurs fortzuführen und weiter zu entwickeln. Damit erst kann

- die Nachhaltigkeit Ihrer Arbeit dokumentiert werden,
- eine abgestimmte Engagementpolitik der Bundesregierung auch in Zukunft weiter entwickelt werden und
- eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden, die den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt selbst aktiv begleiten und gestalten.

Wohlergehen, Wachstum und Wohlstand hängen in hohem Maße von den wirtschaftlichen Leistungen eines Landes ab. Wirtschaftliche Leistungen setzen aber auch Zufriedenheit, Motivation und Leistungsbereitschaft eines jeden Einzelnen voraus. Deshalb müssen wir die Fragen des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts noch stärker in den Blickpunkt der Politik rücken.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen für die sich anschließenden Foren gute Diskussionen und Ergebnisse, die uns auf den richtigen Weg führen, hin zu einer gemeinsamen Plattform für die Zukunft des Engagements.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.